

Bote von der Ybbs.

Leitungspreis:

Ein Volk, ein Reich!

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags.

Bezugspreis mit Postverendung:	Schriftleitung und Verwaltung: Obere Stadt 33. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.	Preise bei Abholung:
Ganzjährig 8 14.60	Ankündigungen (Anzeigen) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5-spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Ganzjährig 8 14.—
Halbjährig „ 7.30		Halbjährig „ 7.—
Warteljährig „ 3.75		Warteljährig „ 3.60
Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.		Einzelpreis 30 Groschen.

Folge 1

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 8. Jänner 1932

47. Jahrgang

Ämtliche Mitteilungen

des Stadtrates Waidhofen a. d. Ybbs.

3. 67.

Rundmachung.

Beobachtung der Meldevorschriften.

Die hieramts gemachte Beobachtung, daß die polizeilichen Meldevorschriften sowohl von Gastwirten als auch von privaten Unterstandsgebern nicht gehörig beobachtet werden, macht die Wiederverlautbarung dieser Vorschriften nötig.

Belehrung: Jeder Unterstandsgeber hat jeden bei ihm übernachtenden Fremden bei der städtischen Sicherheitswache (Meldeamt) anzumelden und nach dem Aufgeben des Unterstandes abzumelden. Die zur Beherbergung von Fremden berechtigten Gastgewerbetreibenden, einschließlich der Pensionsinhaber bezw. deren Pächter oder Geschäftsführer haben die vorgeschriebene Anmeldung und Abmeldung am Tage des Einziehens bezw. Ausziehens des Unterstandnehmers oder wenn dies wegen der späten Stunde des Einziehens bezw. Ausziehens nicht mehr möglich sein sollte, am Tage nach dem Einziehen bezw. Ausziehen bis spätestens 9 Uhr früh zu erstatten. Die übrigen Unterstandsgeber haben die An- bezw. Abmeldung spätestens bis 12 Uhr mittags des Tages nach dem Einziehen bezw. Ausziehen zu erstatten.

Die Anmeldung erfolgt durch Vorlage eines in den Rubriken vom Unterstandnehmer ausgefüllten und vom Unterstandsgeber und Unterstandnehmer unterschriebenen Meldezettels, die Abmeldung durch Wiedergabe des ausgefüllten und vom Unterstandsgeber neuerlich unterschriebenen Kupons.

Übertretungen der Meldevorschriften unterliegen im Sinne der Ministerialverordnung vom 2. April 1858, R.-G.-Bl. Nr. 51, einer Geld- oder Arreststrafe, welche nach den Umständen des Falles bis zu dem Betrage von S 100.— oder bis zur Dauer von 14 Tagen bemessen werden kann.

Stadtrat Waidhofen a. d. Ybbs, am 7. Jänner 1932.

Der Bürgermeister: J n f ü h r e. h.

3. 3997.

Rundmachung.

Es wird in Erinnerung gebracht, daß auf Grund des Regulativs der Wasserversorgungsanlage der Stadt Waidhofen a. d. Ybbs die Wassergebühren nach Bemessungseinheiten (Pauschale) ohne jeder weiteren Aufforderung am 2. Jänner und 1. Juli eines jeden Jahres in zwei halbjährigen Raten beim städtischen Oberkammeramte pünktlich einzuzahlen sind.

Waidhofen a. d. Ybbs, am 28. Dezember 1931.

Der Bürgermeister: J n f ü h r e. h.

Politische Uebersicht.

Deutschösterreich.

Das schon vor einem Jahrzehnt totgesagte und als undurchführbar erklärte Donauföderationsprojekt feiert, von Frankreich eifrig gefördert, jetzt seine Wiedergeburt. Emsig wird für den Gedanken geworben und geflüstert, übersehen man die Schwierigkeiten, die sich seiner Verwirklichung in allen in Betracht kommenden Ländern entgegenstellen. Aber Frankreich will eine Lösung des Donauraumproblems in seinem, d. h. in deutsch-feindlichem Sinne und Frankreichs Wille herrscht derzeit in Europa. So ist es erklärlich, daß der Donauföderationsplan trotz der tausendmal nachgewiesenen Unmöglichkeit seiner Verwirklichung seit Wochen und Monaten die politische Diskussion in Mitteleuropa beherrscht. Österreichische Haltung zu diesem Problem ist klar: Deutschösterreich wollte und will die Zollunion mit dem Deutschen Reich. Frankreich hat uns diesen einzigen Weg zu unserer wirtschaftlichen Gesundung verlegt. Wir dürfen zunächst mit dem Deutschen Reich keine Wirtschaftseinheit bilden. Das heißt aber selbstverständlich nicht, daß wir Deutschösterreich auf sie verzichtet haben. Nein! Die österreichisch-deutsche Zollunion bleibt nach wie vor unser

wirtschafts- und handelspolitisches Ziel. Wir vertrauen auf die Zukunft, sie arbeitet für uns, wenn wir uns nicht selber aufgeben.

Für die nationale Politik in Österreich ergibt sich in der Frage der Donauföderation nur eine Meinung: **Ablehnung.** Ablehnung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen — denn was soll beispielsweise aus unserer Landwirtschaft bei dem großen ungarischen Getreideüberschuß, was soll aus unserer Industrie bei der Konkurrenz der tschechischen werden? — sondern bedenkenlose glatte Ablehnung aus nationalen Gründen. Deutschösterreich will seine nationale Zukunft nicht preisgeben. Diese liegt in der Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Donauföderation aber bedeutet für Österreich dauernde Abschneidung vom Reich und Einfügung in ein Staatensystem, das seiner Natur und seiner Entstehung nach nur deutschfeindlich sein kann.

Wenn das klar ist, dann ist auch klar, daß Österreich Verhandlungen über eine Donauföderation von vornherein als zweck- und sinnlos ablehnen muß. Die österreichische Regierung hat auf das von tschechischer Seite gestellte Ansinnen, in der Donauföderationsfrage die Initiative zu ergreifen, die einzig richtige Antwort gegeben: Nämlich überhaupt nicht geantwortet. Nun versucht man, auf andere Weise an uns heranzukommen. Mitte Jänner beginnen in Genf Verhandlungen vor dem Völkerbundkomitee, bei denen auch die Verlängerung der Österreich nach dem Zusammenbruche der Kreditanstalt im Vorjahre gewährten Kredite den Gegenstand von Erörterungen bilden soll. Die österreichische Regierung wird bei diesen Verhandlungen durch Finanzminister Dr. B e r g e r und vielleicht auch durch Bundeskanzler Dr. B u r e s h vertreten sein. Soweit diese Reisen nach Genf mit den Kreditverhandlungen begründet werden, ist dazu nichts weiter zu sagen.

Nun aber kommt aus dem Auslande die Meldung, daß beabsichtigt sei, in Genf vor den Vertretern der Nachfolgestaaten das Donauföderationsproblem aufzurollen. Als Obmann der Großdeutschen Volkspartei habe ich hiezu nur eines zu sagen: Für die österreichischen Vertreter in Genf darf die Donauföderation keinen Gegenstand einer Unterhaltung bilden. Es gibt für Österreich keine amtlichen oder halbamtlichen, keine offiziellen oder halbamtlichen Verhandlungen über die Donauföderation. Eine Regierung, die Wert auf die Mitarbeit der Großdeutschen Volkspartei legt, muß sich darüber klar sein, daß Verhandlungen nach dieser Richtung ausgeschlossen sind. Sie müßten unzweideutig das Ende der gegenwärtigen Regierungsmehrheit bedeuten.

Die Reparationskonferenz.

Die internationale Reparationskonferenz wird am 18. Jänner in Lausanne beginnen. Schon die Wahl des Ortes hat in Deutschland Mißstimmung erzeugt. Man wollte als Konferenzort Zürich oder eine andere deutsche Stadt der Schweiz. Deutschland erwartet sich von dieser Konferenz die endgültige Regelung der Reparationen. Entgegen diesem Verlangen verlautet nun schon, daß sich die französischen und englischen Finanzfachverständigen grundsätzlich auf nachfolgendes Programm für die Konferenz geeinigt hätten: 1. Vollständiges Moratorium für den geschützten Teil der deutschen Annuität für die Dauer von drei Jahren. (Die Engländer hatten zuerst fünf, die Franzosen zwei Jahre vorgeschlagen.) 2. Hinsichtlich des ungeschützten Teiles der Annuität soll das System des Hoover-Moratoriums für drei Jahre verlängert werden. 3. Zur Entschädigung für Frankreich und gewisse kleine Staaten, wie Rumänien und Jugoslawien, würde Deutschland sich verpflichten, ein Mindestmaß an Sachlieferungen weiter zu leisten. 4. Nach Ablauf des Zeitraumes von drei Jahren soll die Zahlungsfähigkeit Deutschlands neuerlich einer Prüfung unterzogen werden. 5. Deutschland hat sich mit den amerikanischen, englischen, französischen und neutralen Banken wegen allmählicher Rückzahlung der eingefrorenen Privatkredite zu verständigen. 6. Die alliierten Regierungen werden einen gemeinsamen Schritt in Washington unternehmen, um die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß sie alle Maßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas getroffen haben, daß aber diese Opfer eine entsprechende Re-

gelung der interalliierten Kriegsschulden notwendig machen. Da der amerikanische Kongreß sich nur gegen eine Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden ausgesprochen hat, nicht aber gegen eine eventuelle Verlängerung des Hoover-Moratoriums, rechnet man mit einer stillschweigenden Erneuerung dieses Moratoriums hinsichtlich der alliierten Schulden. Diese Veröffentlichung ist ohne Zweifel ein Versuchsballon. Leider ist er nicht geeignet, besondere Hoffnungen auf den Erfolg der Konferenz zu erzeugen. In Berlin hält man nach wie vor an der Auffassung fest, daß nur eine endgültige Lösung die Voraussetzungen für einen internationalen Wiederaufstieg schaffen kann. Die Reichsregierung wird daher auf der Konferenz von Lausanne sich entschieden gegen jede provisorische Lösung wenden, die immer nur eine halbe Maßnahme bleiben kann.

Ungarn.

Die ungarische Regierung bezeichnet in einer offiziellen Erklärung die Finanzlage als andauernd außerordentlich schlecht und veröffentlicht hiezu einen eingehenden Kommentar, in dem die Unvermeidbarkeit weiterer Sparsamkeit betont wird, um jede Möglichkeit eines Fehlbetrages im Staatshaushalt auszuschalten. Dementprechend wird eine weitere Reduktion der Staatsausgaben angekündigt, die durchgeführt werden müsse, auch wenn sie der Popularität der Regierung schaden und einem Teil der Bevölkerung neue schmerzliche Opfer auferlegen sollte. Der Gedanke einer weiteren Erhöhung der Steuerlasten wird mit der Begründung abgelehnt, daß die im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung notwendige Kapitalbildung nur durch Erleichterung der Steuerlasten, nicht durch Beförderung werden könnte. Bezüglich des Transfermoratoriums wird in dem Kommentar erklärt, daß auf Grund dieser Verordnung jetzt Verhandlungen mit den Gläubigern der verschiedenen Länder über die Bildung eines internationalen Ausschusses eingeleitet würden, der dann im Namen aller Gläubiger Ungarns über die Schuldenregelung verhandeln würde. Das Grundprinzip bei diesen Verhandlungen müsse die vollkommen gleiche Behandlung aller Gläubiger sein. Schließlich wird noch mitgeteilt, daß Ministerpräsident Karolyi und Außenminister Walko sich Mitte Jänner nach Genf begeben werden, um dem Völkerbundrat über die finanzielle Lage Ungarns die notwendigen Aufklärungen zu erteilen.

Finnland.

Die Volksabstimmung über die Abschaffung der Trockenlegung Finnlands hat eine riesige Mehrheit hiefür erbracht. Für die vollständige Aufhebung der Prohibition sind 520.800 Stimmen abgegeben worden, für die Zulassung leichter Weine 10.300 Stimmen und für Beibehaltung der Prohibition 206.800. Es fehlen nur noch einige tausend Stimmen, die das Gesamtergebnis nicht mehr beeinträchtigen können. Die Prohibition fiel hauptsächlich deshalb, weil die Verbotsgesetzgebung die Gesetzesmoral ungünstig beeinflusste und besonders Schmuggler und Verbrecher zu üblen Geschäften verleitete. Der Kampf gegen die Schäden des Alkohols wird wohl andere Formen als einseitige Verbote bringen müssen.

Belgien.

Die belgische Regierung hat bei der Fairey-Flugzeuggesellschaft Militärflugzeuge im Werte von 300.000 Pfund Sterling bestellt. Es ist dies die größte Bestellung, die jemals von einer ausländischen Regierung bei der britischen Flugzeugindustrie getätigt worden ist. Wie sich diese Bestellung mit der bevorstehenden Abrüstungskonferenz vereinbaren läßt, ist sicher keinem Menschen erklärlich. Dazu ist zu bemerken, daß Deutschland, Österreich und Ungarn überhaupt keine Militärflugzeuge besitzen und besitzen dürfen.

Rumänien — Sowjetrußland.

Die rumänische Regierung teilt mit, daß in Verbindung mit dem französisch-sowjetrußischen Nichtangriffskommen Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland zwecks Abschlußes eines Nichtangriffspaktes geführt werden. Als weitere Folge dieser Verhandlungen sind die Regierungen von Rumänien und Sowjetrußland in Fühlung getreten, um die Möglichkeiten der Aufnahme von Verhandlungen betreffend den Abschluß

eines ähnlichen Vertrages zu erörtern. Soweit die Mitteilung der rumänischen Regierung. Nähere Nachrichten besagen, daß die direkten Verhandlungen am 15. Jänner in Riga beginnen sollen. Wenn man bedenkt, daß zwischen Rumänien und Rußland jahrelang schwere Gegensätze wegen Bessarabien bestanden, so muß man diese leider erfolgreiche Einkreisungstätigkeit Frankreichs gegen Deutschland mit schwersten Bedenken verfolgen.

Britisch-Indien.

Mahatma Gandhi ist verhaftet worden. Die Verhaftung des indischen Führers ist zweifellos auf die neuesten Kampfbeschlüsse des allindischen Kongresses sowie auf den in den letzten Tagen zwischen Gandhi und dem Bizkönig ausgebrochenen Konflikt, der in scharfen Erklärungen von beiden Seiten gipfelte, zurückzuführen. Die Verhaftung des Mahatma läßt darauf schließen, daß die Regierung diesmal entschlossen ist, ihre Autorität mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Sie befindet sich heute in einer wesentlich günstigeren Position als seinerzeit, da der Kongreß diesmal nicht mit der Unterstützung der Mohammedaner und der Unberührbaren rechnen kann. Trotzdem ist der Ernst der Lage keineswegs zu unterschätzen und es muß mit schweren Zusammenstößen gerechnet werden. Der aufgelöste indische Kongreß hat schon weitreichende Kampfmaßnahmen beschlossen. Neuerlich soll die Gehorsamsverweigerung, der Salzkrieg, der Boykott englischer Waren, die Bekämpfung der Goldausfuhr beginnen. Der Ausgang dieses Kampfes ist nicht abzusehen, jedenfalls steht mit der indischen Frage die Weltmacht Großbritanniens auf dem Spiele.

China — Japan.

Japan hat einen weiteren Schritt unternommen, um sich in der Mandschurei festzusetzen. Es hat ohne Widerstand Tschintschau besetzt und damit die ganze Mandschurei in Besitz genommen. Dies ist geschehen gegen alle Beteuerungen vor ganz kurzer Zeit und stellt Japans Handlungsweise ein schlechtes Zeugnis aus. China hat in seiner Hilflosigkeit neuerlich den Völkerbund angerufen und um die sofortige Einberufung des Völkerbundes ersucht. Wie nicht anders möglich, wird auch diesmal der Völkerbund nicht helfen können, da ihm alle Machtmittel und auch der Wille, China zu helfen, fehlt. Japan wird sich in diesem ungleichen Kampfe natürlich auf irgendeinen Rechtstitel stützen, der der chinesischen Republik einmal abgepreßt wurde.

Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs?

Besprechung Brüning—Hitler—Groener.

Nach einer Mitteilung der Nationalsozialistischen Partei ist am Dienstag abends Adolf Hitler in Berlin im Besien des Reichsinnenministers Brüning, der diese Unterredung vermittelt hat, empfangen worden.

Über das Ergebnis der Besprechungen herrscht noch Schweigen. Sie hat sich in der Hauptsache um die Stellung der Nationalsozialisten zu der Reichspräsidentenwahl gedreht. Die siebenjährige Amtszeit Hindenburgs läuft bekanntlich in diesem Frühjahr ab, und zwar am 5. Mai. Seit langem schon schweben Erwägungen über eine Verlängerung der Präsidentschaft Hindenburgs. Der Reichspräsident, der aufs peinlichste bedacht ist, die Verfassung einzuhalten, hat sich bisher einer solchen Verlängerung seiner Amtsdauer durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages wenig geneigt gezeigt. Neuerdings glaubt man aber annehmen zu dürfen, daß er sich zu einem auf kürzere Frist berechneten weiteren Verbleiben im Amt bereit erklären würde, unter der Voraussetzung, daß alle Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten dazu ausdrücklich ihre Zustimmung gäben. Die Nationalsozialisten scheinen nun unter Umständen zu einer solchen Lösung die Hand bieten zu wollen, aus der Überlegung heraus, daß sie alsdann ihren ganzen Kampf auf den Sturz der Preußenregierung konzentrieren können. Wie es heißt, wird der Kanzler in den nächsten Tagen in dieser Angelegenheit auch noch mit anderen politischen Parteien in Fühlung treten. Vor einem endgültigen Entschluß dürfte Hitler noch mit den Parteien der „nationalen Opposition“, vor allem also mit den Deutschnationalen, verhandeln.

Revision des Vertrages von Trianon?

Im Zusammenhang mit den Erörterungen der Lösung des Donauraumproblems wird in politischen Kreisen ein Plan lebhaft besprochen, der eine politische Sensation ersten Ranges bedeuten müßte. In informierten Kreisen will man nämlich davon wissen, daß man sich am Quai d'Orsay entschlossen habe, einer Revision des Vertrages von Trianon zuzustimmen. In Prag herrsche darüber große Unruhe und Nervosität. Benesch habe zwar in den letzten Monaten eine emsige Tätigkeit für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Donauraumstaaten entfaltet; Prag sei jedoch schwer enttäuscht darüber, daß man in Paris über den Rahmen der von der tschechoslowakischen Außenpolitik gesteckten Ziele weit hinausgehe und Ungarn soweit entgegenkommen wolle, daß man an dem durch die früheren Verträge geschaffenen Status quo im Donau-Raum rütteln wolle.

Wie es heißt, soll Paris beabsichtigen, einer Revision der ungarischen Grenze in der Slowakei,

aber auch Rumänien und Südslawien gegenüber zuzustimmen. Der Zweck des Besuches des Königs Alexander von Südslawien in Paris findet in diesem Zusammenhange seine Aufklärung. Auffallend sei jedenfalls, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit Ungarns und der Tschechoslowakei in den letzten Monaten wiederholt das Thema politischer Reden führender ungarischer und tschechischer Politiker gebildet hat und Bethlens Formel: einer wirtschaftlichen Verständigung müsse eine politische Verständigung zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei vorangehen, paßt sich in dieses Konzept gut ein. Österreich sei nach alledem in diesem Plane zunächst keine Rolle zugebacht. Österreich müsse, wenn es gelinge, Ungarn und die Tschechoslowakei zu einer Zusammenarbeit zu bringen, automatisch der neuen Gruppierung beitreten.

Man darf diesen Gerüchten mit viel Mißtrauen gegenüberstehen, aber sie sind charakteristisch dafür, daß man französischerseits mit allen Mitteln einer Lösung des mitteleuropäischen Problems zustrebt.

Niederösterreichischer Landtag.

In der Landtagssitzung am 23. Dezember 1931 führte Abg. Ing. Scherbaum bei Behandlung des Kapitels Gewerbe- und Handelsförderung folgendes aus:

„Wenn wir alle bestrebt sind, die Leistungsfähigkeit von Gewerbe, Handwerk und Industrie zu heben und wenn wir haben wollen, daß unsere gewerblichen Unternehmungen lebensfähig bleiben sollen, so müssen wir von unserer Bundesregierung verlangen, daß dafür gesorgt wird, daß die Erzeugnisse unseres Handwerks- und Industrieerzeugnisses auch exportiert werden können.“

Es muß uns sonderbar berühren, daß durch die Zollverhandlungen, welche mit Ungarn und Jugoslawien geführt wurden, derartig ungünstige Resultate erzielt worden sind, daß unsere Industrie in Niederösterreich, in erster Linie die Fabriken und Erzeugungstätten für Schlosserwaren und für Weicheisenzeug nunmehr im eige-

nen Land durch Unternehmungen von Jugoslawien oder Ungarn niederkonkurriert werden.

So habe ich z. B. das Offert einer Laibacher Firma in Händen, laut welchem Einstemmshlöffer von Laibach nach Salzburg franko um 30 Groschen pro Stück billiger angeboten werden als unsere österreichischen Erzeuger liefern können.

Es wäre hoch an der Zeit gewesen, daß unsere Bundesregierung mit allen Mitteln dahin gewirkt hätte, daß unsere einheimischen Industrien auch entsprechend geschützt sind durch entsprechende Zölle. Wir stehen gegenwärtig in Unterhandlungen mit Polen, welches ein großes Absatzgebiet gerade für unsere Schlosserwaren und Kleineisenartikel ist. Damit unsere einheimische Industrie, die hauptsächlich für Niederösterreich eine so große Bedeutung hat, nicht wiederum ins Hintertreffen kommt und dieses Absatzgebiet wie jenes in den übrigen Ländern nicht auch noch verlieren muß, bitte ich den hohen Landtag um die Annahme folgenden Antrages:

„Die n.-ö. Landesregierung wird aufgefordert, sich ehestens mit dem Bundesministerium für Handel und Verkehr ins Einvernehmen zu setzen und dahin zu wirken, daß die einheimische Industrie für Schlosserwarenerzeugung, Kleineisenartikel und für Weicheisenzeug im Zuge der Zollverhandlungen mit Polen entsprechend geschützt wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. Ich will noch darauf hinweisen, daß die ungarische Eisenindustrie, die nicht so leistungsfähig ist, wie die ungrische, von der ungarischen Regierung in nennenswerter Weise unterstützt wird, und zwar durch die Bewilligung von Exportprämien. Dadurch bekommen die Exportnehmer Bargeld zurück und dadurch sind sie selbstverständlich auch in die Lage versetzt, an das Ausland billig zu liefern.

Ich weise weiters darauf hin, daß sich auch die übrigen Länder, insbesondere die Tschechoslowakei mit Zollmauern auf Stahlwaren umgeben und so die Einfuhr

Donaukraftwerk Ybbs—Persenbeug.

Bei der Behandlung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1932 sprach Abg. Scherbaum laut stenographischem Protokoll zu nachfolgenden Kapiteln: 1. Wasserbau, 2. gewerbl. Unterricht, 3. Gewerbe- und Handelsförderung.

In der für unser Viertel ob dem Wienerwald so hochwichtigen Frage der Errichtung des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug führte Abg. Scherbaum folgendes aus:

„Hoher Landtag! In einer Zeit der größten wirtschaftlichen Not und in der Zeit einer Arbeitslosigkeit, wie wir sie noch nie zu verzeichnen hatten, sollte man glauben, daß jede Gelegenheit für die Durchführung einer nutzbringenden wirtschaftlichen Arbeit, für die Realisierung eines großen Werkes sofort in die Hand genommen wird, um dieses große Werk zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Sieben Jahre sind vergangen, seit das Syndikat für die Errichtung des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug bei der n.-ö. Landesregierung im Dezember 1924 um die Konzessionsbewilligung zu diesem Bau eingegritten ist. Es hat lange Zeit gedauert, bevor die Schwierigkeiten überwunden wurden, die von Seite des Landes Niederösterreich und des Landes Wien bestanden haben. Doch durch zielbewußte Verhandlungen hat man es so weit gebracht, daß heute sowohl das Land Niederösterreich, wie auch die Newag und auch das Land Wien gegen die Durchführung und gegen die Abtretung der Legalkonzession keine Schwierigkeiten mehr erheben. Auch die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft und die internationale Dampfschiffahrtsgesellschaft auf der Donau haben bereits an das Bundesministerium für Handel und Verkehr eine Eingabe des Inhaltes gerichtet, daß die Durchführung dieses Werkes wesentlich zur Hebung der Dampfschiffahrt auf unserem Hauptstrom beitragen würde und daß die Durchführung mithin sehr beschleunigt werden möge, während die übrigen Projekte donauabwärts, welche in der Umgebung Wiens ausgeführt werden sollen, abzulehnen sind.“

Nachdem nun die Angelegenheit in unserem Lande sozusagen geregelt wäre, tritt ein neuer Gegner auf, der auf Grund des Gesetzes über die Legalkonzessionen derartige Bedingungen stellt, daß die Durchführung dieses Werkes geradezu zur Unmöglichkeit wird. Dieser neue Gegner ist das Land Oberösterreich. Dieses stellt Bedingungen, die eigentlich der Monopolisierung der elektrischen Frage in ganz Österreich durch Oberösterreich gleichkommen. Es werden Vorschriften und Bedingungen an das Syndikat gestellt, die rundweg unannehmbar sind. Dieses Verhalten muß uns in Niederösterreich um so sonderbarer berühren, als doch das Land Niederösterreich seinerzeit, als es sich um die Konzessionierung der Ennskraftwerke auf oberösterreichischem Boden gehandelt hat, nicht die geringsten Einwendungen und nicht die geringsten Bedenken gegen diese Projekte geäußert hat. Es sind eine Reihe von Forderungspunkten wegen der Stromlieferung aufgestellt; es soll kein Strom nach Deutschland geliefert werden, ohne daß das Land Oberösterreich einverstanden ist, usw.; kurz und gut, dem neuen Unternehmen würden durch diese Vorschriften und Forderungen vom Lande Oberösterreich direkt die Hände gebunden.

Wir wollen nun hoffen, daß es durch geschickte taktische Verhandlungen doch möglich wird, daß die Schwierigkeiten, die da von Oberösterreich in so großem Maße erhoben werden, doch überwunden werden. Ich brauche hier dem hohen Landtag, in welchem bereits seit Jahren wiederholt darüber gesprochen wurde, über die Ausfüh-

führung dieses Werkes nicht noch nähere Daten anzuführen. Nur der Umstand, daß 145.000 P.S. an elektrischer Energie gewonnen werden, muß uns bewegen, in dieser Frage einheitlich vorzugehen und die Forderung aufzustellen, daß die bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden und daß dieses Werk, das unsere Arbeitslosigkeit wesentlich bekämpfen würde, das an Industrie, Gewerbe und Handel, aber auch der Landwirtschaft ganz wesentliche Arbeiten zukommen lassen wird, endlich in Angriff genommen wird.

Der Herr Abg. Rauppill von der sozialdemokratischen Partei hat schon bei Kapitel 1 über diesen Punkt gesprochen und einen Antrag eingebracht und die christlich-sozialen Partei und die von mir vertretene großdeutsche Partei bringen gleichfalls einen Entschließungsantrag ein. Es handelt sich daher um eine einheitliche Kundgebung des n.-ö. Landtages, daß diesem Syndikat, das bisher so große Opfer gebracht hat, endlich einmal die begünstigte Baubewilligung zugesprochen wird. Wir gehen immer ins Ausland hinaus und fordern Geld und Kredite und hier wird durch ein ausländisches Kreditinstitut die Durchführung eines Projektes im Werte von 150 Millionen Schilling ermöglicht; deshalb sollen wir, ob Ober- oder Niederösterreich trachten, daß dieses Werk in die Tat umgesetzt wird, das nicht nur für unsere gesamte Wirtschaft einen ungeheuren Nutzen bedeutet, sondern das gerade in der jetzigen Zeit gegen die Arbeitslosigkeit ankämpfen soll und das mustergiltig sein wird, sowohl in technischer wie auch in landschaftlicher Hinsicht.

Noch ein zweiter Punkt ist es, der uns bewegt, für diese Sache einzutreten, und zwar die damit verbundene Errichtung einer Brücke zwischen dem Waldviertel und dem Viertel ober dem Wienerwald. Wir wissen ja alle, daß wir von Mautern bis Mauthausen hinauf keinerlei Brücke haben. Hier ist auf Grund der Pfeiler, die errichtet werden müssen, die Gelegenheit gegeben, gleich tragfähige Pfeiler für den Brückenverkehr zwischen den beiden Ufern zu schaffen. Diese Verkehrsmöglichkeit wird neues Wirtschaftsleben bringen und einen neuen Verkehr, weil dadurch schöne Gebiete unseres Waldviertels und unsere schönen Gebiete an der Ybbs und an der Erlauf besser erschlossen werden, ganz abgesehen von der Hebung des Fremdenverkehrs im herrlichen Strudengau, welcher sich an Schönheit ohne weiteres mit der Wachau vergleichen kann. Aber auch die Schifffahrt würde wesentlich gehoben werden; denn heute sind die Stromschnellen von Grein abwärts bis Ybbs-Persenbeug die Hauptschuld, daß unsere Schifffahrt auf der Donau nicht recht vorwärts geht. Deshalb sollen wir für dieses Projekt eintreten und für die Errichtung dieses großen Kraftwerkes wirken mit aller Tatkraft. Unsere Regierung muß alles daransetzen, das Land Oberösterreich, bezw. die oberösterreichische Landesregierung zu bewegen, die Forderungen so zu stellen, daß sie von dem Syndikat, welches dieses große Werk durchführen will, auch angenommen werden können.“ (Beifall.)

unserer Erzeugnisse zur Unmöglichkeit machen. Für gehärtete Werkzeuge werden pro 100 Kilogramm 1120 Tschekenkronen Zoll eingehoben. Für 1 Kilogramm 11.20 Tschkr. = rund 8.250 oder 50 bis 70 Prozent Erhöhung unserer Verkaufspreise in der Tschechoslowakei.

Dieser von mir gestellte Antrag wird, wenn er von der Bundesregierung beherzigt und entsprechend vertreten wird, das Absatzgebiet für Polen nicht ganz verschließen; die Bundesregierung muß für den Export unserer Eisenwaren sorgen, wenn die betreffenden Betriebe erhalten bleiben sollen. Der einzelne Unternehmer ist hier machtlos, es ist Sache des Bundesministeriums bei den Zollverhandlungen mit aller Kraft die Interessen der einheimischen Eisenindustrie zu vertreten.

Neuwahl des niederösterreichischen Landtages.

Ende April oder Anfang Mai.

Die Legislaturperiode des niederösterreichischen Landtages läuft im Mai dieses Jahres ab. Der gegenwärtige Landtag wurde im April 1927 gewählt. Der Tag der Neuwahl steht noch nicht fest, doch dürfte er auf einen Sonntag Ende April oder Anfang Mai fallen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind noch nicht abgeschlossen. Die Landtagswahlordnung dürfte eine Änderung erfahren, wobei auf die Einführung einer Reststimmzählung Bedacht genommen werden soll.

330.000 unterstützte Arbeitslose.

Weitere scharfe Steigerung in der 2. Dezemberhälfte.

Amtlich wird mitgeteilt: Ende Dezember 1931 wurden in Österreich insgesamt 329.595 unterstützte Arbeitslose gezählt. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen verteilt sich auf die Sprengel der einzelnen Industriellen Bezirkskommissionen folgendermaßen: Wien (Stadt) 114.807, Wien (Umgebung) 18.815, Wiener-Neustadt 28.490, St. Pölten 22.252, Gmünd 5.957, Eisenstadt 7.702, Linz 41.357, Salzburg 10.843, Graz 40.548, Klagenfurt 17.039, Innsbruck 14.597, Bregenz 7.188. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich eine Zunahme um rund 26.200. Was die einzelnen Industriellen Bezirkskommissionen anbelangt, zeigen Wien (Umgebung), Salzburg und Klagenfurt verhältnismäßig das schärfste Anwachsen. Besonders stark aber ist die Zunahme bei der Bezirkskommission Bregenz, die ihren Stand von 4.756 auf 7.188 erhöhte.

Wichtig für alle Gewerbetreibenden!

Steuerauskunftstage!

Anlässlich der Steuerbekennnislegung werden die Mitglieder des d.-ö. Gewerbebundes durch die Bezirkssekretäre gewissenhaft und dem Gesetze entsprechend beraten.

In der Zeit vom 11. bis 15. Jänner 1932 finden **Steuerauskunftstage** an nachstehend verzeichneten Tagen und Orten statt:

Montag den 11. Jänner in Haag, 12 bis 17 Uhr, Gemeindeamt;

Dienstag den 12. Jänner in St. Valentin, 8 bis 12 Uhr, Wallner, und in Seitenstetten, 15 bis 18 Uhr, Bunsch;

Mittwoch den 13. Jänner in Amstetten, 9 bis 14 Uhr, Todt, und in Neumarkt a. Y., 16 bis 18 Uhr;

Donnerstag den 14. Jänner in Ybbs, 9 bis 12 Uhr, Cafe Fleischanderl, und in Blindenmarkt, 14 bis 18 Uhr;

Freitag den 15. Jänner in Melk, 8 bis 12 Uhr, Jakob.

Sprechtage des Kammeramtes der Wiener Handelskammer.

Am Dienstag den 12. Jänner 1932, ab 9 Uhr vormittags, in Haag, Gemeindeamt.

Am Mittwoch den 13. Jänner, ab 9 Uhr vormittags in St. Peter i. d. Au, Gemeinderatsitzungsaal.

Am Donnerstag den 14. Jänner, ab 9 Uhr vormittags in Amstetten, Hotel Ginner (Pächter Märzendorfer).

Genossenschaftsinstruktor Dr. Karl Dostl und Fachkonsulent Eduard Strauß werden Handels- und Gewerbetreibenden Auskünfte in einschlägigen Fragen erteilen.

Kauft österreichische Waren!

Entgeltliche Ankündigungen und Anpreisungen sind durch Nummern gekennzeichnet.

Vertiliches

aus Waidhofen a. d. Y. und Umgebung.

* **Geboren sind:** Am 28. Dezember eine Tochter Julie Anna der Anna Leutgeb, Hausgehilfin in Zell. — Am 4. Jänner eine Tochter Ingrid Margarethe des Josef Kunze, Hauptschullehrer, hier, Am Krautberg 3, und der Laura Hulda geb. Hartmann.

* **Bermählung.** Am Samstag den 2. Jänner fand in der hiesigen Stadtpfarrkirche die Bermählung des Zimmermeisters und Stadtrates Herrn Josef Haider mit Fräulein Louise Schwandt statt. Herzlichen Glückwunsch!

* **Direktor Adolf Bischof.** Wir brachten in unserer letzten Folge die Nachricht von der Ernennung des Oberlehrers i. R. Adolf Bischof zum Direktor. Direktor Bischof hat die wohlverdiente Auszeichnung vor allem wegen seiner uneigennütigen Tätigkeit um das Volksschulwesen erhalten, die wir, wie auch seine sonstige Tätigkeit im öffentlichen und Vereinsleben schon seinerzeit entsprechend gewürdigt haben. Wir benützen diesen Anlaß, um unserer besonderen Freude und Genugtuung Ausdruck zu verleihen und entbieten Herrn Direktor Bischof unsere herzlichsten Glückwünsche!

* **Berufsjubiläum.** Dieser Tage waren es 30 Jahre, daß der Rechtsanwalt Herr Dr. Richard Fried hier seinen Beruf ausübt. Dr. Fried trat zuerst in die Anwaltskanzlei des verstorbenen Bürgermeister Dr. Freiherrn von Plenkner ein und eröffnete später eine eigene Kanzlei. In dieser langen Zeit hat Dr. Fried außer seinem Beruf stets lebhaften Anteil an allen Vorgängen gezeigt, die unsere Stadt betrafen. In erster Linie hat er, selbst eifriger Alpinist, dem D. u. Ö. Alpenverein uneigennützig seine Dienste geliehen und hat vielfach erneuernd auf dem Gebiete des damals noch nicht so vollstümlichen Wintersportes und der Alpinistik gewirkt. Sehr viele Markierungen in der Umgebung und in dem weiteren Arbeitsgebiet der Waidhofener Alpenvereinssektion stammen von ihm. Als Obmannstellvertreter und Verkehrsreferent des Verkehrs- und Wirtschaftsverbandes Ybbstal hat er stets eine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Er war der erste Obmann der seinerzeitigen Ortsgruppe des Bundes der Deutschen in Niederösterreich und hat sich auch früher im Turnverein betätigt und ist schon durch viele Jahre im Kapellschützenklub im Ausschusse vertreten. Doktor

Aufruf zur Zeichnung von Strandbad-Anteilen!

Die Wirtschaftskrise lastet schwer über uns. Sicher wird sie ja auch vorübergehen und müssen sich die Zeiten allmählich doch wieder zum Besseren wenden. Aber wer wird es aushalten, wer wird die Krise überstehen? Unstreitig werden es am ehesten jene Orte und Gemeinden sein, die in der Lage sind, sich außer den sonstigen Erwerbsquellen noch eine andere zu schaffen, nämlich eine Nebeneinnahme durch den Fremdenverkehr. Und darum können wir Waidhofener uns glücklich schätzen, daß uns diese Möglichkeit gegeben ist. Von Mutter Natur ist unser Städtchen samt Umgebung so reich mit Naturschönheiten bedacht worden, wie nicht bald ein anderer Ort seinesgleichen, aber noch viel zu wenig bekannt ist es in der Welt. Eine Unterlassungsfünde sondergleichen wäre es, wenn wir gerade jetzt in der Krise nicht alles aufbieten würden, dieses Geschenk der Natur zur Besserung unserer heimischen Wirtschaft auszuwerten, soviel es in unseren Kräften steht. Helfen wir daher alle zusammen, damit wir in einigen Monaten in die Welt posaunen können: „Kommt, liebe Gäste, und staunt was für herrliches Strandbad wir für Euch errichtet haben. Den schönsten Platz haben wir hierfür ausgewählt, da könnt Ihr die Wohltat des Wassers und der Sonne bis zum Übermaß genießen.“ Und darum noch einmal: Helfen wir alle zusammen, daß das Werk zustande kommt und zeichnen wir nach Möglichkeit einen oder mehrere Anteile. Alle Beträge, die Sie zeichnen, werden ja in Form von Aufträgen nur wieder an unsere heimischen Gewerbetreibenden verteilt, und ein beträchtlicher Teil unserer Arbeitslosen wird für einige Monate wieder Beschäftigung haben. Die gezeichneten Anteile werden Ihnen mit 3% verzinst. Das ist nun aller-

dings nicht viel, aber es ist sicher, denn die Stadtgemeinde, die Gemeinden Zell und Zell-Arzberg haben die Zinsengarantie übernommen. Nach 10 Jahren werden in jedem Jahre 10% der Anteile im Beisein eines Notars ausgelost und zurückbezahlt. Der genaue Tilgungsplan wird auf den Anteilsscheinen zu ersehen sein. Sämtliche durch die Zeichnung einfließenden Gelder werden in der hiesigen Sparkasse angelegt und außerdem wird die ganze Betriebsführung, die Berechnung der Ein- und Ausgaben, der amtlichen Kontrolle der Gemeinden unterstellt sein. Die Zeichnungsfrist **endet mit 20. Jänner d. J.** Der dem Prospekte beiliegende Zeichnungsschein wolle ausgefüllt in den beiliegenden Briefumschlag gesteckt und in den nächsten Briefkasten geworfen werden. Der gezeichnete Betrag müßte **bis zum 1. Feber d. J.** mittels des beiliegenden Erlagscheines bei der Post eingezahlt werden. Solchen Zeichnern, denen es nicht möglich ist, den gezeichneten Betrag auf einmal einzuzahlen, ist auch die Möglichkeit gegeben, denselben nach Belieben in 2, 4, 6, 8 oder 10 Monatsraten einzuzahlen. Auf jeden Fall müßte die letzte Rate längstens bis **1. November 1932** eingezahlt sein. Nach Einzahlung der ersten Rate werden die nötigen Erlagscheine für die weiteren Ratenzahlungen sofort zugesandt werden. Die vom Herrn Architekten Bufovics verfaßten Pläne, die jeden Waidhofener und erst recht jeden Badesportler entzücken müssen, werden in den Schaufenstern Buchbauer und Tomaschek zur allgemeinen Ansicht ausgestellt sein. Und so hoffen wir nun, daß das begonnene Werk volles Verständnis finden möge zu Nutz und Frommen unserer Stadt und seiner Bewohner.

Bürgermeister Jg. Inzühr, m. p.

Obmann R. Tomaschek, m. p.

Bürgermeister J. Lehrl, m. p.

Obm.-Stellvertreter L. Schönheinz, m. p.

Bürgermeister E. Kerschbaumer, m. p.

Schriftführer R. Bene, m. p.

Der Kärntner Bildhauer Josef Kassin ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

Das amtliche Telefonbuch Österreichs, mit Ausnahme des Wiener Fernsprechverzeichnisses, ist wegen einer Bemerkung auf der ersten Seite, die sich auf privat aufgelegte Telefonbücher bezieht, wegen unlauteren Wettbewerbes konfisziert worden.

Der Juniordirektor des Grazer Großkaufhauses Kastner & Dehler, Paul Dehler, der einzige Sohn des Firmenchefs, ist in der Nähe von Ritzbühel bei einer Schifahrt tödlich verunglückt. Dehler, der in Sportkreisen sehr bekannt war, verbrachte die Weihnachtsfeiertage in Ritzbühel und unternahm eine Partie auf das Ritzbüheler Horn. Bei der Abfahrt stürzte er und zog sich eine Verletzung der Wirbelsäule und innere Zerreißungen zu. Dehler starb kurz darauf.

Das derzeit geltende Aufmarschverbot wurde bis 31. Jänner verlängert.

Der in weitesten Kreisen sowohl als Techniker als auch als Alpinist bekannte Vorstand des Wasserbauamtes der n.-ö. Landesregierung, Hofrat Ing. Ludwig Geisler, ist am 1. Jänner im 54. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen.

Die bekannte Wiener Verlagsanstalt Amalthea-Verlag, Wien-Leipzig, ist in Ausgleich gegangen.

Das Seil, an welchem die Röllfähre Spitz-Arnsdorf befestigt ist, riß während der Überfahrt. Auf der Fähre befanden sich zwei Steuerleute und vier Passagiere. Durch das Reißen des Seiles kippte in der starken Hochwasserströmung die Fähre um und alle sechs Personen fielen ins Wasser. Drei davon konnten gerettet werden. Der Spenglergehilfe Karl Loh aus Spitz, Vater dreier Kinder, ist ertrunken. Ein Steuermann und ein Passagier, die sich an die umgekippte Fähre geklammert hatten, wurden abgetrieben und die Fähre bei Loiben ans Land geschleudert. Der Steuermann konnte sich retten, über das Schicksal des Passagiers ist nichts bekannt, doch befürchtet man, daß er ertrunken ist.

In einer acht Meter tiefen Schliergrube nächst der Ortschaft Mayrhofer bei Frankenthal löste sich plötzlich eine größere Erdschicht und verschüttete drei in der Grube arbeitende Personen. Zwei von ihnen wurden getötet.

Die deutsche Luftflotte will im neuen Jahr mit neuen Flugzeugen 300 bis 350 Kilometer pro Stunde erreichen. Auf diese Weise wird es möglich sein, von Berlin nach Wien in zwei Stunden zu fliegen.

In der Silvesternacht wurde in Gießhübel bei Wien die Witwe des Wiener Mittelschullehrers v. Höpflinger, Frau Irma v. Höpflinger, auf rätselhafter Weise ermordet. Der Täter Viktor Jadrzil hat die Ermordete in ihrer eigenen Villa in den Keller gelockt und dort mit einem Schuß aus einer Browningpistole erschossen. Auch seine Begleiterin, die 17-jährige Franziska Wachauf, hat er schwer verletzt. Bisher ist die Tat, da Jadrzil nur ein Teilgeständnis abgelegt hat, nicht aufgeklärt.

In ganz Europa herrschte in den letzten Tagen ein fürchtbares Unwetter. Die Schneeschmelze hat im Riesengebirge, im Erzgebirge, im Harz, im Thüringer- und Schwarzwald Überschwemmungen zur Folge. In Spanien ist hingegen Frost aufgetreten und es wurden bis 25 Grad unter Null gemeldet.

Der ehemalige deutsche Kaiser hat sich eine schwere Erkältung zugezogen. Er muß das Bett hüten.

Die Opfer der Automobilunfälle des Jahres 1931 in den Vereinigten Staaten sind ebenso zahlreich wie die Verluste der amerikanischen Truppen im Weltkrieg. 34.000 Personen sind bei Autounfällen ums Leben gekommen.

General Pau, Präsident des französischen Roten Kreuzes, ist im 83. Lebensjahre gestorben. Pau hatte am deutsch-französischen Krieg 1870/71 teilgenommen und war zu Beginn des Krieges Kommandant einer Armee im Elsaß.

Die französische Flugzeugfabrik Bleriot ist nun endgültig stillgelegt. Bleriot, ein Pionier des Flugwesens — er war der Erste, der den Ärmelkanal überflog — beschäftigte in seinem Unternehmen 135 Arbeiter und Angestellte.

Bei einer Silvestervorstellung im Warschauer Zirkus ereignete sich ein entsetzlicher Vorfall. Während seiner atemberaubenden Vorführungen verlor ein belgischer Trapezkünstler den Halt und stürzte aus 25 Meter Höhe in die Manege. Der Verunglückte scheint infolge des Absturzes wahnsinnig geworden zu sein, denn er erhob sich trotz seiner gebrochenen Füße und verbeugte sich blutüberströmt vor dem Publikum, unter dem eine schwere Panik ausbrach. Der Belgier wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er jedoch nicht mehr gerettet werden konnte.

Ein Bukarester Mädchenhändler hat 500 rumänische Mädchen an Freudenhäuser in Ägypten verkauft.

In Gualeguaychu (Argentinien) explodierten bei einem Brand 300 Fässer mit Petroleum, wobei drei Menschen ums Leben kamen.

Einer das kroatische Dorf Novoselice passierenden Gendarmeriepatrouille wurde mitgeteilt, daß die Einwohner die Absicht hätten, eine alte Frau wegen Hexerei zu verbrennen. Die Gendarmerie stellte fest, daß sich bereits mehrere Leute zusammengerottet hatten, um die Greisin Anna Geleban in ihrer Hütte zu verbrennen, da sie angeblich nachts die Kinder ihrer Nachbarn heimlich verschwinden ließ, um sie zu verhexen. Die Greisin wurde von der Gendarmerie gerettet, mehrere Personen wurden verhaftet.

In den Laboratorien der Kodakwerke ist die Herstellung eines Films gelungen, womit photographische Aufnahmen bei völliger Dunkelheit ermöglicht werden. Für die Wissenschaft hat diese Erfindung eine hervorragende Bedeutung. Auch im Kampf gegen das Verbrechertum wird sie große Dienste leisten. Es handelt sich bei der Erfindung um Filme, die gegen infrarote Strahlen empfindlich sind.

Die riesige Autofabrik in Nischni-Nowgorod wurde am 1. Jänner fertiggestellt. Im nächsten Vierteljahr muß die Inneneinrichtung vollendet und die Arbeiterschaft angeleitet werden. Am 1. April wird die Produktion aufgenommen. Das Werk wurde unter Leitung amerikanischer Ingenieure mit amerikanischen Maschinen gebaut. Auf Grund eines Vertrages werden nur Ford-Automobile erzeugt werden.

Die Drahtseilbahn auf dem Hügel von Foubieres in Lyon, der im vorigen Jahre der Schlapplage eines großen Erdbebens war, stürzte infolge eines Seilbruches ab und schlug mit ungeheurer Wucht am Fuße des Berges auf. Von 20 Passagieren wurde ein Teil aus dem Wagen geschleudert. Zehn erlitten schwere Verletzungen.

Bücher und Schriften.

Der beste Sprunghügel, um aus der Trübe des Alltags in fröhliche Stunden sich zu schwingen, ist die Lektüre der Fliegenden Blätter! Wo man sie aufschlägt, wo man zu lesen beginnt, überall sind sie voll Humor, überall findet man einen guten Witz, eine wohlpointierte Anekdote oder Humoreske, Lieder und Gedichte, aktuelle Glossen in Reim und Prosa folgen sich in bunter Fülle und Bilder, Zeichnungen, Karikaturen hervorragender Witzblattillustratoren schmücken, beleben, ergänzen und verstärken den textlichen Teil. Das Abonnement auf die Fliegenden Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag in München 27, Mählstraße 34.

Schriftl. Anfragen an die Verm. d. Bl. sind stets 20 g beizulegen, da sie sonst nicht beantwortet werden können.



Sportleute!

Schützt Euch gegen Erkältungen der Atmungsorgane. Das bewährte Mittel bei Husten, Heiserkeit und Katarrh sind die seit Jahrzehnten berühmten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den 3 Tannen

Dank!

Für die rasche Hilfeleistung anlässlich des Brandes meines Hauses sage ich hiemit den Feuerwehren von der Landgemeinde, von Waidhofen und Zell a/Y. sowie den Nachbarn und allen jenen, die sich an den Löscharbeiten beteiligten, meinen herzlichsten Dank.

Walburga Gerstl

138 Bernleiten, Waidhofen a. d. Y.

Verbreitet den „Bote von der Ybbs“

Diplomierte Fürsorgerin sucht Stelle als Schwester zu gesunden oder kranken Kindern. Anschrift in der Verm. d. Bl. 140

Mädchen für Alles mit Kochkenntnissen sucht per sofort Stellung. Auskunft in der Verwaltung des Blattes. 134

Köchin für Alles welche selbständig kocht und in der Lage ist, einen feinen Haushalt allein zu führen und nur gute Jahreszeugnisse vorweisen kann, für sofort oder später gesucht. Diener für größere Arbeiten im Hause. Zuschriften unter „Sehr reinlich“ an die Verwaltung des Blattes. 146

Jahreswohnung bestehend aus Zimmer, Kabinett, Küche, Keller, Gartenbenützung, mit feiner Stallung, zu vermieten. Auskunft in der Verm. d. Bl. 137

Zwei schöne, mittelgroße Wohnungen sofort zu vermieten. Auskunft erteilt Franz Jag, Gerberei, Waidhofen. 136

Ein kleines Geschäftslokal mit Nebenraum ab 1. Februar zu vermieten. Waidhofen, Graben 15. 135

Schöne, geräumige Jahreswohnung mit 2 Zimmern und Küche, samt Gartenbenützung, sofort beziehbar, zu vermieten. Auskunft erteilt Franz Nagel, Weyrerstraße 16. 93

Junge Schäferhunde abzugeben. Reichenauerstr. Nr. 3. 145

Werkstätte für sachgemäße Reparaturen jeder Art an Nähmaschinen, Fahr- und Motorrädern, Schloßer- und Mechanikerarbeiten sowie Neu- und Reparaturen. J. W a s s, Hauptbahnhof. Billige Mietautos. Telefon 129. 139



Herrenfahräder, neu, 95 S; Herren-Halbrenner, neu, 125 S; Damenfahräder, neu, 105 S; Nähmaschinen, neu, 150 S; Nähmaschinen, neu, 30 S; Koffergammophone, neu, 30 S; 2 Fahrrad-Mäntel und 2 Fahrrad-Sättel 5 13.80. Preislisten gratis durch: Jos. Pelz, Wien, 15., Mariaböserstraße 164.

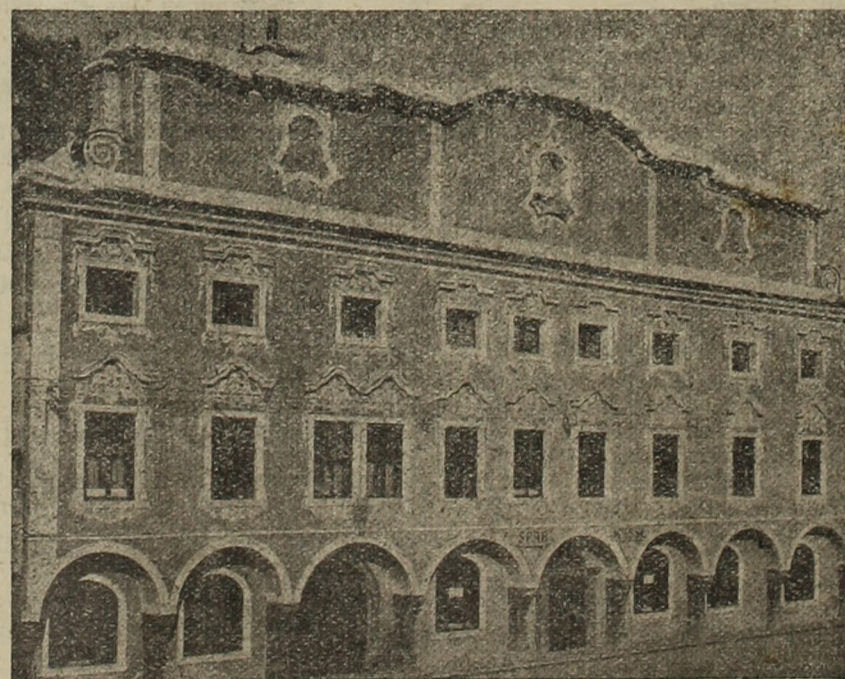
Stadel für verschiedene Einlagerungen ist zu verpachten. Schriftliche Anfragen unter „Sofort“ an die Verwaltung des Blattes. 147

Pulver-, Munitions-, Spreng- und Bündmittel-Verschleiß

Franz Steinmaßl, Waidhofen a. d. Ybbs
Ybbsfisterstraße Nr. 12. - Fernsprecher Nr. 22. 1090

Spartasse der Marktgemeinde Weyer

Gegründet 1872 / Fernruf 28 a. d. Enns Postsparkassen-Konto Nr. 117.805
Oberer Markt 11 (im eigenen Gebäude)



Zahlstelle Rosenstein

Kassastunden

an Werktagen von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 1/2 bis 1/4 Uhr nachmittags, an Samstagen von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Sicherste Kapitalsanlage,

da außer den eigenen Reserven die Marktgemeinde Weyer a. d. Enns mit ihrem Vermögen für alle Einlagen haftet!

C. Weigends Buchbinderei

empfehltsich zur Übernahme sämtlicher Buchbinderarbeiten